



Stand: 12. April 2017

Umweltbewusstseinsstudie 2016

Factsheet

Methodik der Umweltbewusstseinsstudie:

Die Umweltbewusstseinsstudie wird zum 11. Mal vorgelegt. Seit 1996 wird im Zweijahresrhythmus erforscht, wie sich Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der Bevölkerung in Deutschland entwickeln. Ziel ist es, die in der Gesellschaft vorhandenen Denk- und Handlungsmuster zu verstehen und die Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen vorausschauend in eine bürgernahe, partizipative, zukunftsweisende und nachhaltige Politik einfließen zu lassen.

Bei der vorliegenden Studie von 2016 wurde (ebenso wie 2014) eine Onlinebefragung durchgeführt, bei den früheren Studien kamen persönliche Interviews zum Einsatz. Die Repräsentativität der Stichprobe für die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 14 Jahren ist methodisch sichergestellt.

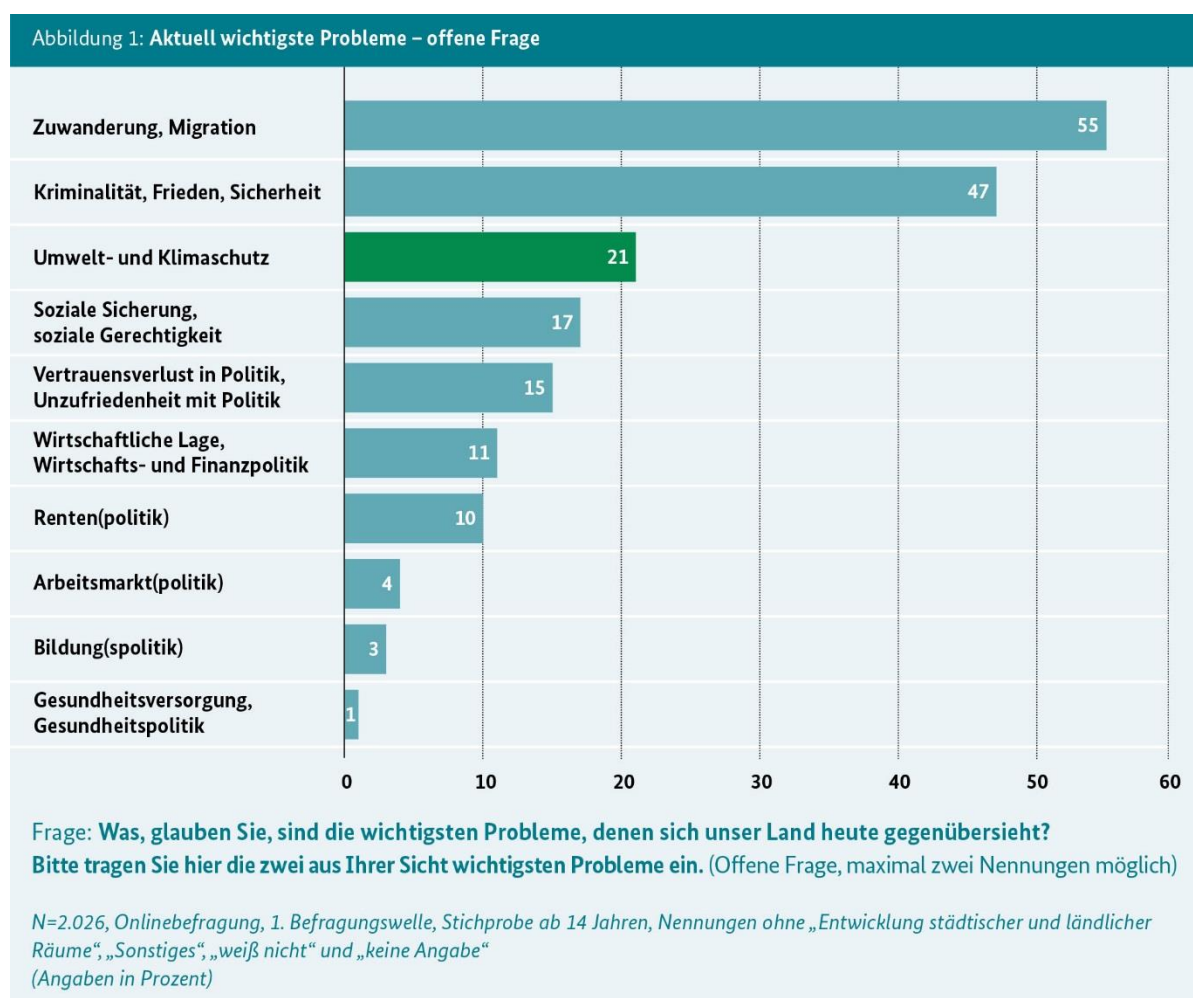
Die repräsentative Befragung wurde in zwei Erhebungswellen im August und September 2016 durchgeführt. In jeder Welle wurde eine Stichprobe von rund 2.000 Personen befragt. Die Stichproben sind hinsichtlich ihrer Struktur identisch, nicht aber im Hinblick auf die befragten Personen. Somit haben insgesamt mehr als 4.000 Menschen an der Studie teilgenommen.

Vor der Befragung wurde eine qualitative Studie durchgeführt. In einem innovativen Methodenmix aus Fokusgruppen und moderierter Online Community haben sich Männer und Frauen aller sozialen Milieus und aller Altersgruppen intensiv mit Fragen des sozial-ökologischen Wandels befasst. Die reichhaltigen qualitativen Einsichten wurden für die Ausgestaltung der Fragen der Repräsentativerhebung genutzt und bei der Interpretation der Daten berücksichtigt.

(1) Bewusstsein für Herausforderungen des Umwelt- und Klimaschutzes gleichbleibend hoch

Umwelt- und Klimaschutz sind als wichtige gesellschaftliche Ziele fest im Bewusstsein verankert und stehen weit oben auf der politischen Agenda.

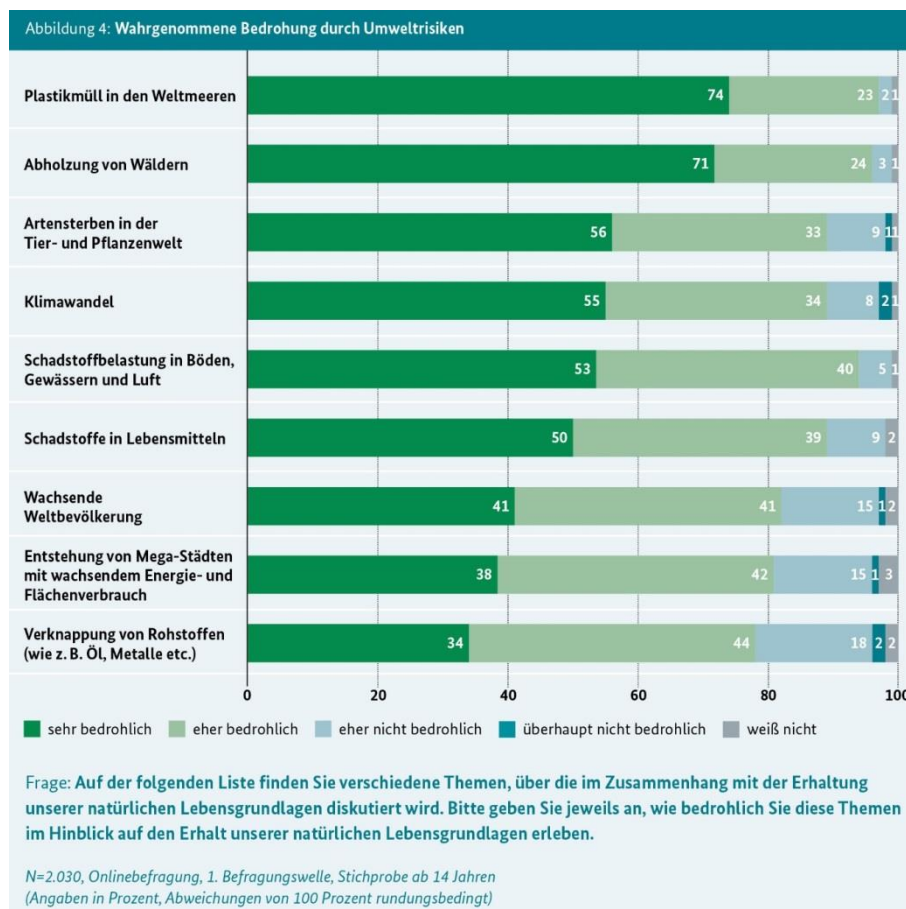
Für jede und jeden Fünften in Deutschland zählen Umwelt- und Klimaschutz zu den wichtigsten Herausforderungen, denen sich unser Land derzeit gegenüber sieht (vgl. Abb. 1 auf S. 15 in der Broschüre). Nach den zwei drängendsten Herausforderungen gefragt, nannten dies in der aktuellen Umweltbewusstseinsstudie **21 Prozent** – zwei Prozentpunkte mehr als in der Studie des Jahres 2014. Im gleichen Zeitraum haben andere Probleme deutlich an Brisanz gewonnen. Trotz dieser massiven Änderung in der Wahrnehmung der aktuellen Problemlagen, bleibt das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für Umwelt- und Klimaschutz stabil.



(2) Auf Dauer ist für die Mehrheit ein „Weiter so“ keine Lösung

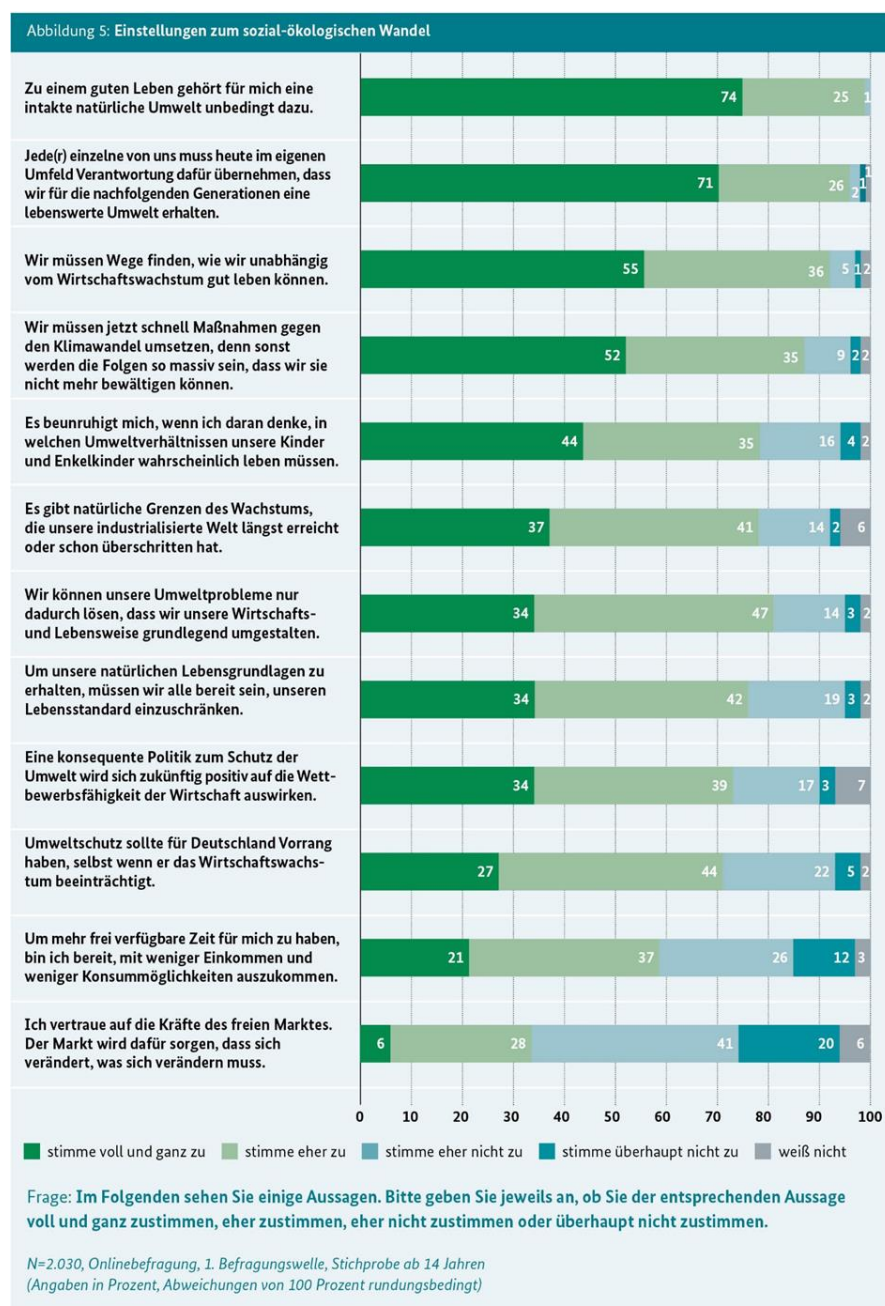
Mit Blick auf die umweltbezogenen Herausforderungen unserer Zeit herrscht eine kritische, aber ebenso konstruktive Grundstimmung vor.

Die Bevölkerung nimmt die langfristige Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen sehr ernst. So empfinden **über 90 Prozent** der Befragten die Risiken durch Plastikmüll in den Weltmeeren oder die Abholzung von Wäldern als bedrohlich. Auch den Klimawandel und den Verlust an Biodiversität erkennen die Bürgerinnen und Bürger mit großer Mehrheit (zu jeweils 89 Prozent) als bedrohliche Risiken an (vgl. Abb. 4 auf S.18).



Gleichzeitig ist in der Bevölkerung ein breit verankertes Verantwortungsgefühl für Nachhaltigkeit auszumachen. **97 Prozent** finden, dass jede und jeder Einzelne Verantwortung für lebenswerte Umweltbedingungen der nachfolgenden Generationen trägt. Drei Viertel der Befragten stimmen voll und ganz oder eher zu, dass unsere energie-, ressourcen- und abfallintensive Wirtschafts- und Lebensweise grundlegend umgestaltet werden sollte (vgl. Abb. 5 auf S. 20).

Um die erforderlichen Veränderungen umzusetzen, reichen Marktmechanismen allein nicht aus, **meinen 61 Prozent** der Befragten. Vielmehr hält es die große Mehrheit (**91 Prozent**) für erforderlich, Wirtschaft und Märkte so zu regulieren, dass Umweltbelastungen gering gehalten werden. Als wichtige Herausforderungen sehen die Bürgerinnen und Bürger in diesem Kontext vor allem die Entwicklung umweltfreundlicher Technologien an (**95 Prozent Zustimmung**). Insbesondere den Umstieg auf erneuerbare Energien finden **90 Prozent weiterhin wichtig** (vgl. Abb. 12 auf S. 31).

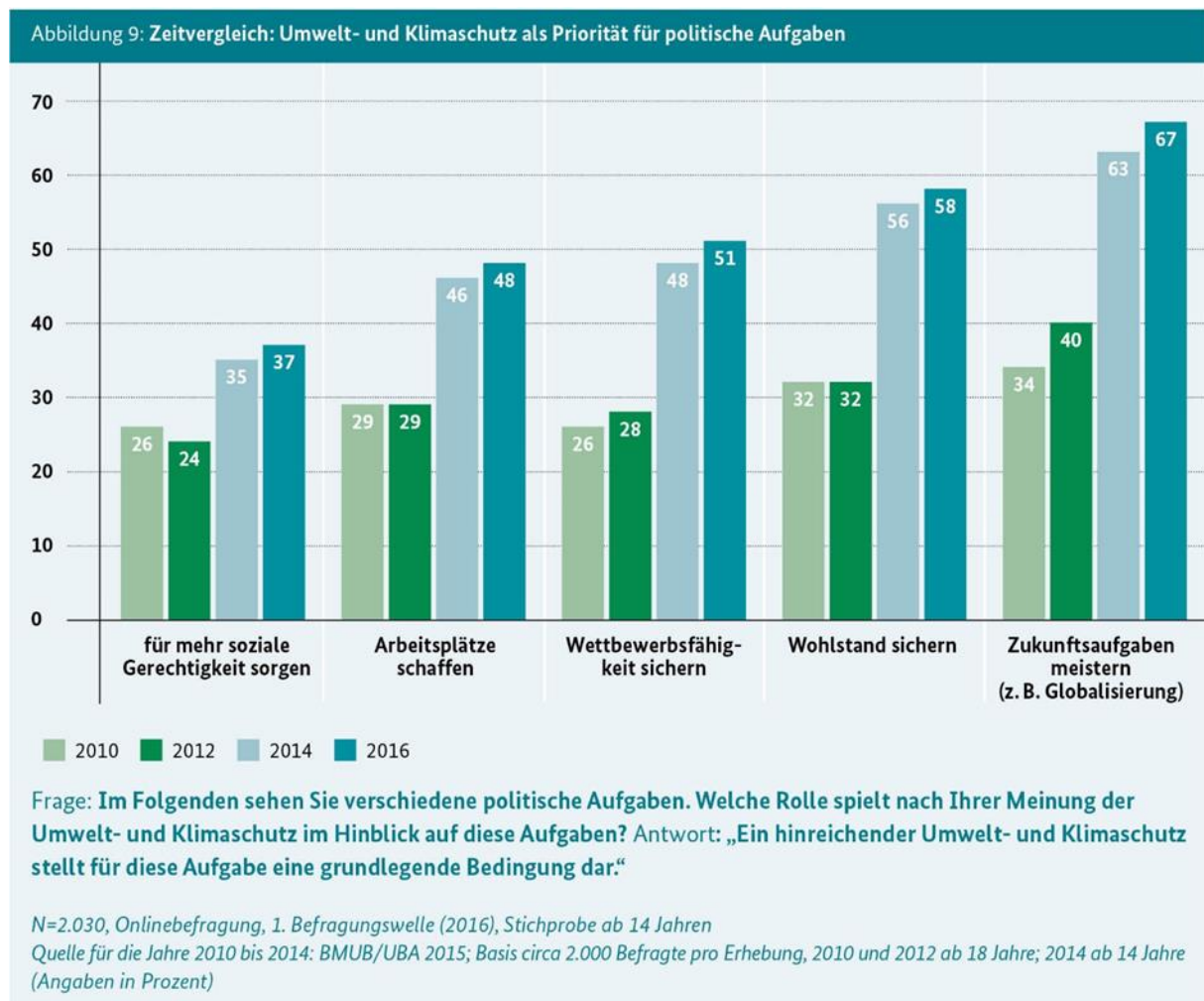


(3) Umwelt- und Klimaschutz als wichtiger Erfolgsfaktor für andere Politikfelder

Umwelt- und Klimaschutz tragen aus Sicht der Befragten zunehmend zur Lösung anderer politischer Aufgaben bei.

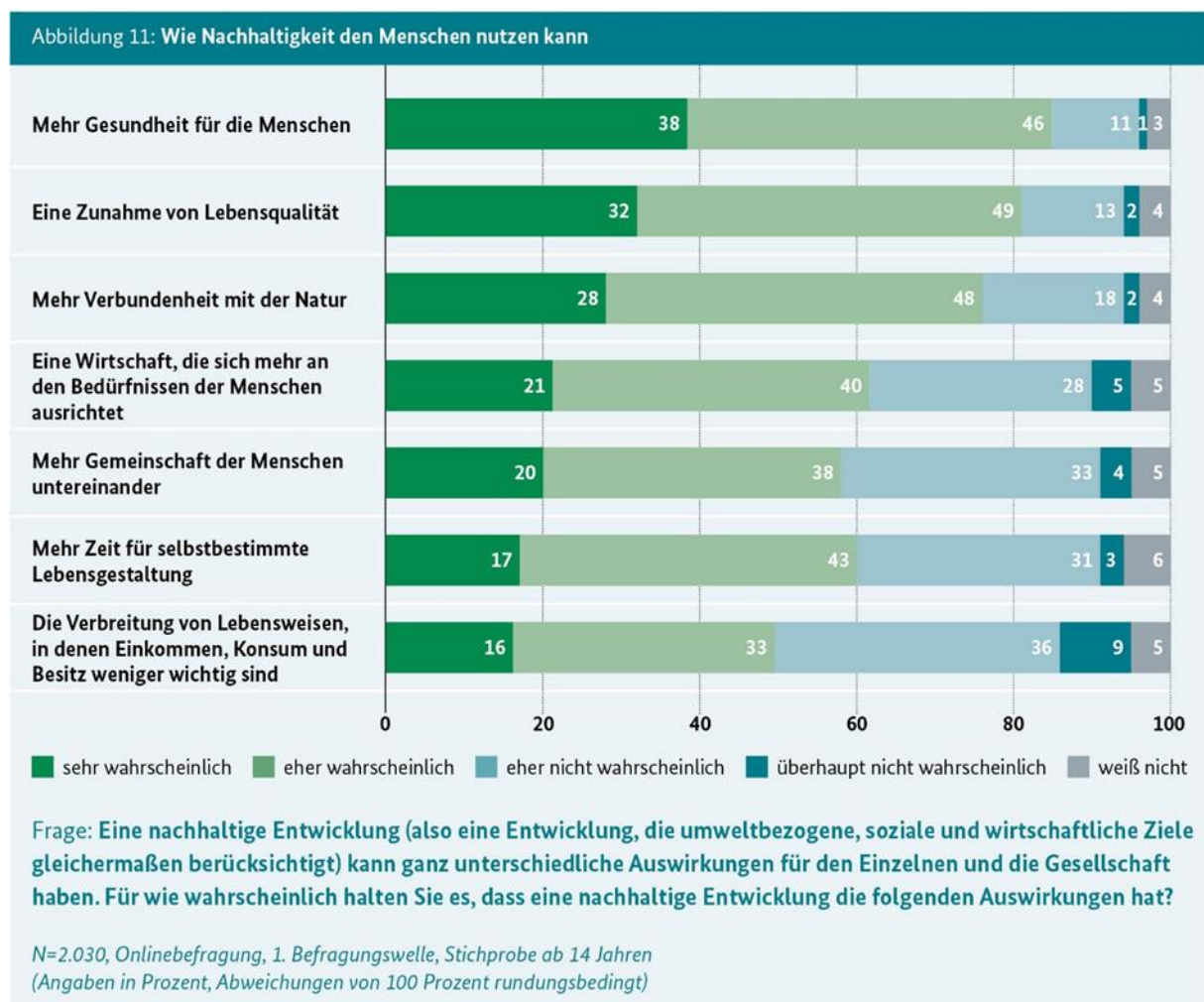
Die Mehrheit der Befragten sieht einen hinreichenden Umwelt- und Klimaschutz als grundlegende Bedingung dafür, dass andere Zukunftsaufgaben wie die Globalisierung (**67 Prozent Zustimmung**) bewältigt sowie Wohlstand (**58 Prozent**) und Wettbewerbsfähigkeit (**51 Prozent**) gesichert werden können (vgl. Abb. 8 auf S. 26). Im Vergleich zu 2014 sind diese Werte leicht gestiegen. Insgesamt nehmen die Befragten also zunehmend Synergiepotenziale zwischen Umwelt- und Klimapolitik einerseits und anderen politischen Handlungsfeldern andererseits wahr (vgl. Abb. 9 auf S. 27).

Allerdings sind nur **37 Prozent** der Befragten der Meinung, dass Umwelt- und Klimaschutz eine wichtige Bedingung darstellen, um mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Das sind zwar etwas mehr als in den früheren Befragungen, doch sehen offenbar viele Menschen nach wie vor Ökologie und Soziales in einem Spannungsfeld.



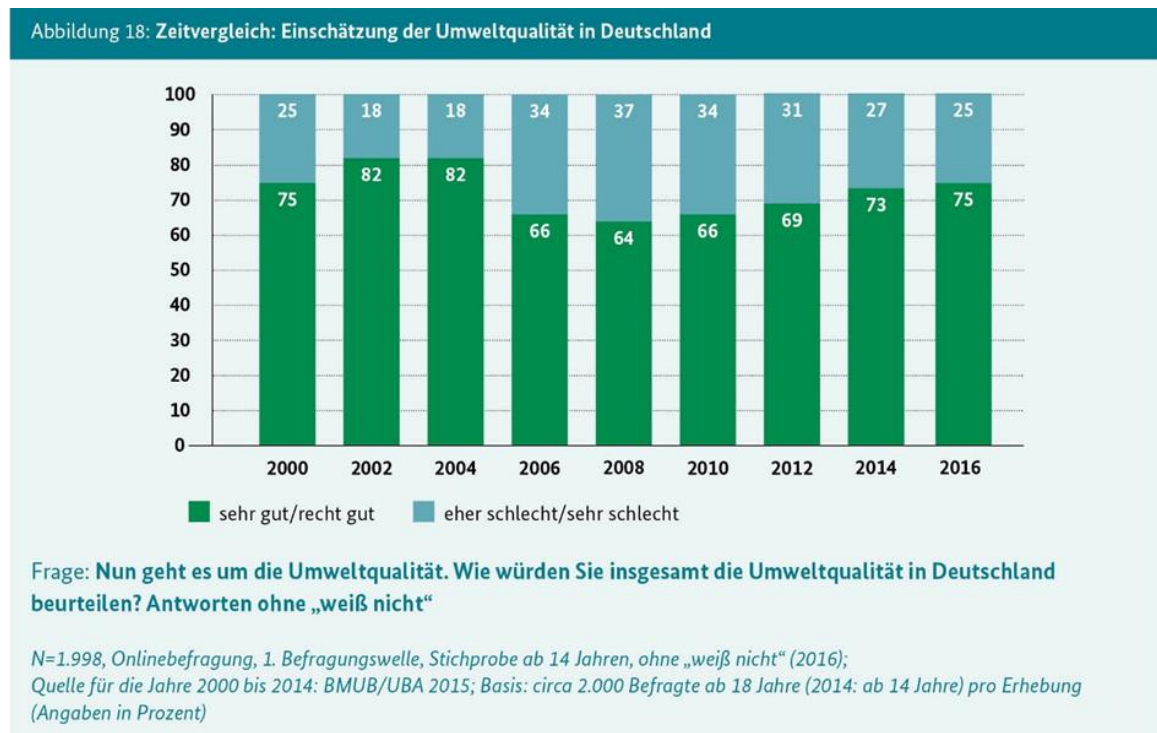
(4) Chancen von Nachhaltigkeit: Gesundheit, Lebensqualität, Verbundenheit

Eine nachhaltige Entwicklung kann auch für den Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt weitreichende positive Auswirkungen haben. **84 Prozent** der Befragten halten es für sehr oder eher wahrscheinlich, dass eine nachhaltige Entwicklung mit mehr Gesundheit verbunden sein wird, **81 Prozent** erwarten mehr Lebensqualität und **76 Prozent** mehr Naturverbundenheit. Und mit **58 Prozent** meint mehr als die Hälfte der Befragten, dass eine nachhaltige Entwicklung zu mehr Gemeinschaft der Menschen untereinander führen kann. Zudem erwartet knapp die Hälfte der Befragten, dass eine nachhaltige Entwicklung zur Verbreitung von Lebensweisen beiträgt, in denen eine Orientierung an materiellem Besitz weniger wichtig ist (vgl. Abb. 11, S. 30).

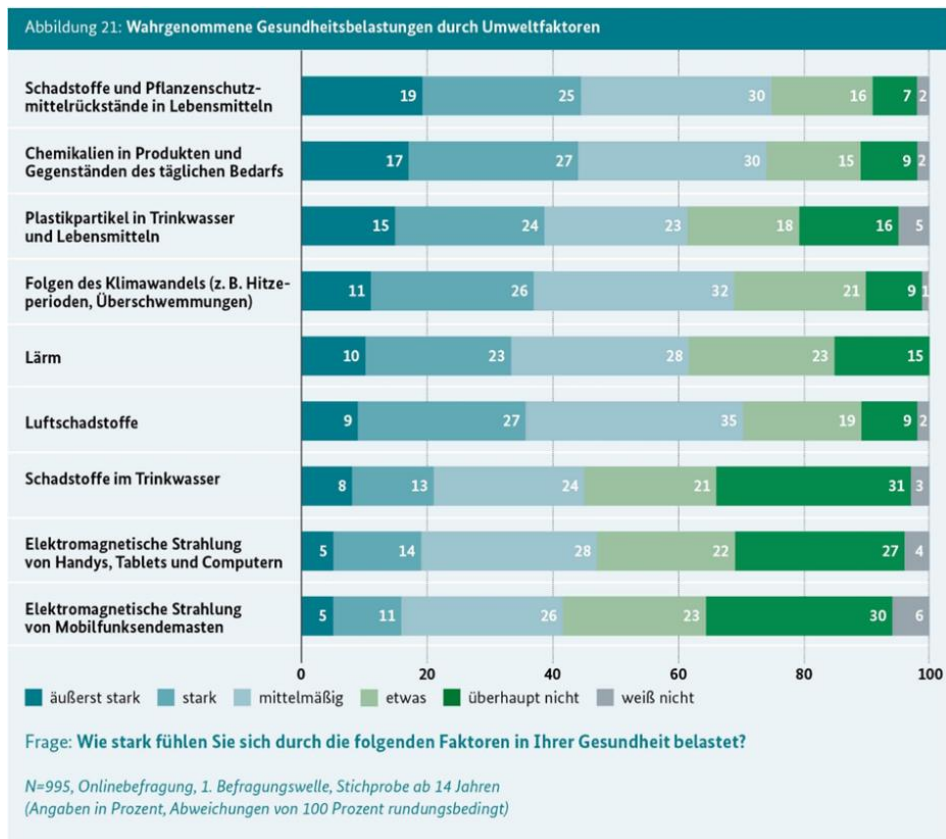


(5) Gesundheitsbelastungen durch Umweltbedingungen – auch eine Frage der Umweltgerechtigkeit

Insgesamt wird die Umweltqualität in Deutschland überwiegend positiv eingeschätzt, **75 Prozent** finden sie sehr oder recht gut (vgl. Abb. 18, S. 44).



Gleichzeitig sind die Bürgerinnen und Bürger sensibel für mögliche Gesundheitsrisiken durch negative Umweltbedingungen. Die Befragten sorgen sich v.a. um Schadstoffe und Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln, **44 Prozent** fühlen sich davon äußerst stark oder stark belastet. Auch Chemikalien in Produkten und Gegenständen des täglichen Bedarfs machen **44 Prozent** der Befragten Sorgen (vgl. Abb. 21, S. 46).



Sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen empfinden in deutlich höherem Maße gesundheitliche Belastungen durch Umweltbedingungen als Menschen mit höherem Sozialstatus, beispielsweise durch Lärm und Luftschadstoffe (vgl. Tab. 2, S. 48). Dies zeigt deutlich, dass Umweltschutz besonderes Augenmerk auf Fragen der Gerechtigkeit richten muss.

Tabelle 2: Wahrgenommene Gesundheitsbelastungen und sozialer Status

	Sozialer Status			
	niedrig (untere 20 Prozent)	mittel (mittlere 60 Prozent)	hoch (obere 20 Prozent)	
Gesundheitsbelastungen durch:	Schadstoffe und Pflanzenschutzmittelrückstände in Lebensmitteln	55	43	36
	Chemikalien in Produkten und Gegenständen des täglichen Bedarfs	48	46	34
	Plastikpartikel in Trinkwasser und Lebensmitteln	54	37	28
	Folgen des Klimawandels (z. B. Hitzeperioden, Überschwemmungen)	47	38	25
	Lärm	40	32	27
	Luftschadstoffe	45	36	28
	Schadstoffe im Trinkwasser	31	19	14
	Elektromagnetische Strahlung von Handys, Tablets und Computern	24	18	13
	Elektromagnetische Strahlung von Mobilfunkmasten	24	14	11

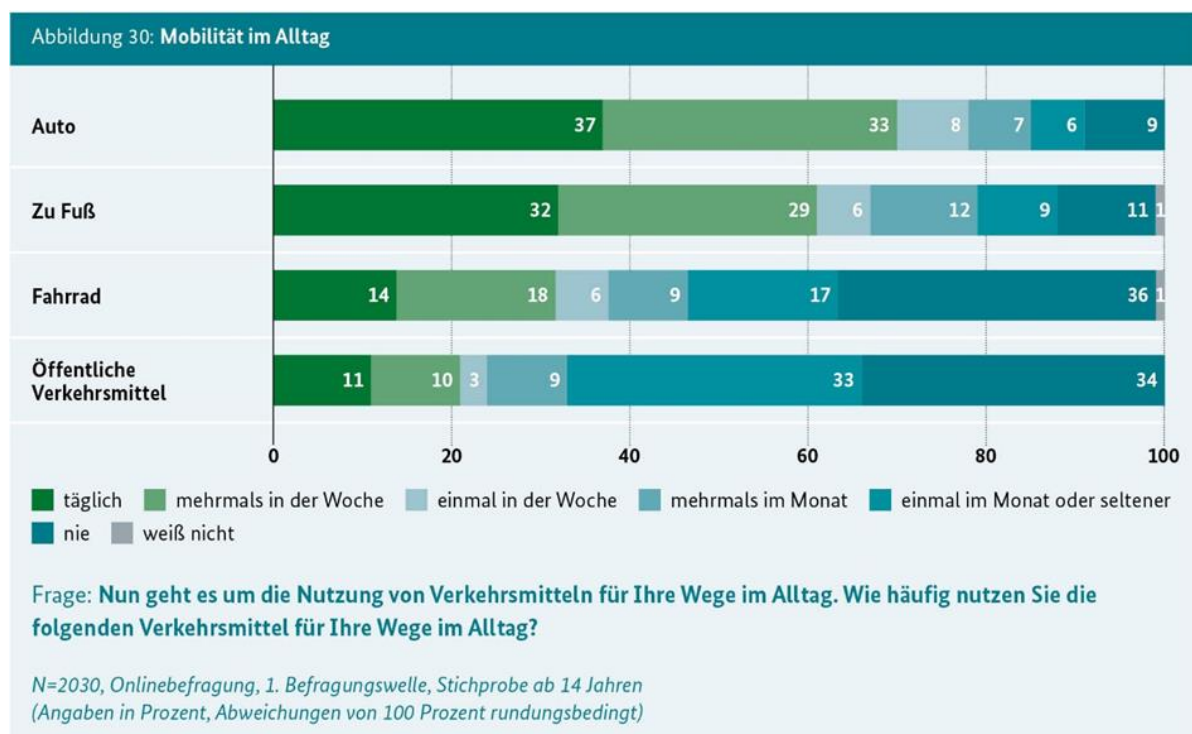
■ Mindestens 10 Prozentpunkte Differenz zu den Angaben der Befragten mit hohem sozialen Status

Frage: **Wie stark fühlen Sie sich durch die folgenden Faktoren in Ihrer Gesundheit belastet?**
 Antworten: Erste zwei Kategorien (äußerst stark belastet und stark belastet) auf einer Skala von 1 bis 5.

N=990, Onlinebefragung, 1. Befragungswelle, Stichprobe ab 14 Jahren (Angaben in Prozent)

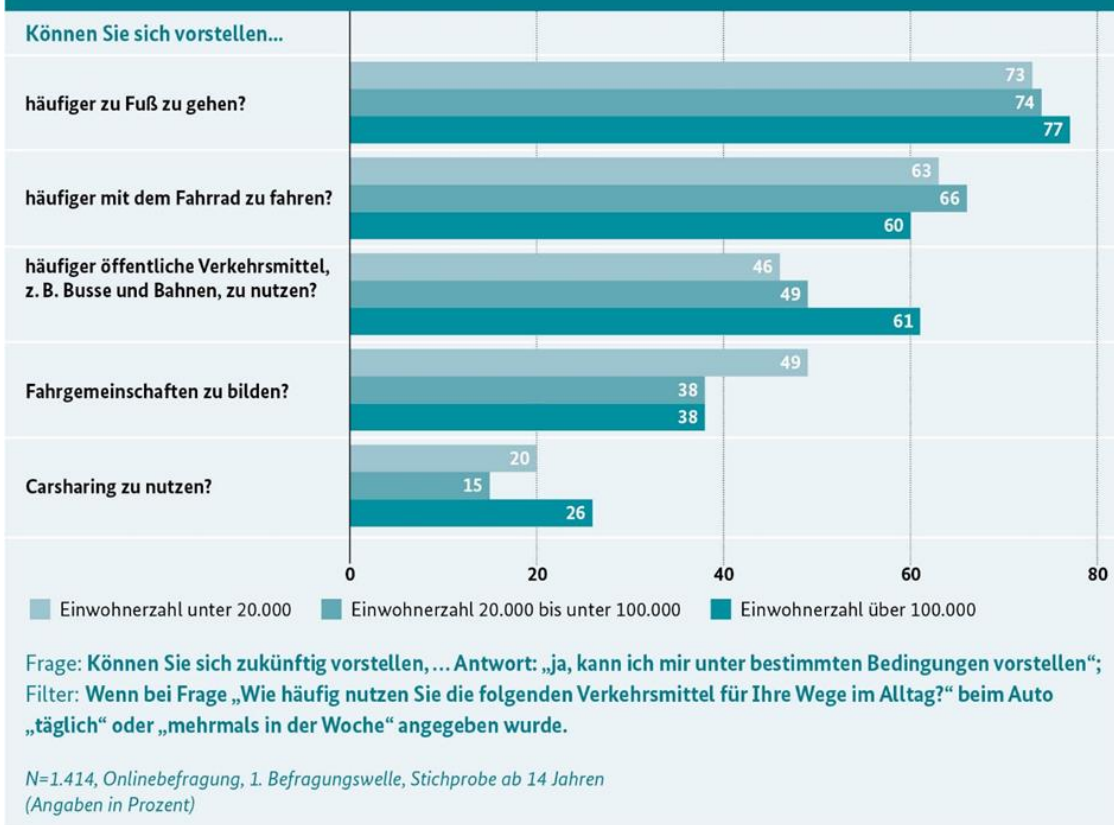
(6) Auto bleibt wichtigstes Verkehrsmittel, Veränderungsbereitschaft aber deutlich erkennbar

Für die Mehrheit der Befragten ist das Auto weiterhin das wichtigste Verkehrsmittel, aber dennoch ist die Bereitschaft zum Umstieg auf umweltfreundliche Alternativen groß. **70 Prozent** der Befragten nutzen für ihre Wege im Alltag täglich oder mehrmals in der Woche das Auto (vgl. Abb. 30, S. 61).



Gleichzeitig sind diese regelmäßigen Autofahrerinnen und Autofahrern unter bestimmten Bedingungen bereit, vermehrt alternative Fortbewegungsmöglichkeiten zu nutzen. Insbesondere mehr zu Fuß gehen ist für rund **drei Viertel** und mit dem Fahrrad fahren für **zwei Drittel** der häufigen Autonutzer/-innen attraktiv (vgl. Abb. 31, S. 63).

Abbildung 31: Bereitschaft vom Auto auf andere Verkehrsmittel zu wechseln



Entsprechend stößt eine Stadt- und Regionalentwicklung, die das Auto leichter verzichtbar macht, bei **91 Prozent** der Befragten auf Akzeptanz. **79 Prozent der Befragten** hält einen solchen Mobilitätswandel auch in ihrer Gemeinde für wünschenswert (vgl. Abb. 32, S. 65).

Abbildung 32: Besser leben in Städten und Gemeinden mit weniger Autos?

